

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoglu, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Johannes Becher, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Löschung von Unterlagen zum NSU-Komplex verhindern – Akten der bayerischen Sicherheitsbehörden sichern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, alle Unterlagen und Akten mit Bezug zum Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) bei den bayerischen Sicherheitsbehörden langfristig zu sichern und an zentraler Stelle im Staatsministerium des Innern aufzubewahren. Das im November 2015 erlassene umfassende Löschmoratorium für wichtige Behörden-Unterlagen mit NSU-Bezug ist zu verlängern.

Begründung:

Um die unwiederbringliche Löschung wichtiger Unterlagen zum NSU-Komplex zu verhindern, wurde von der bayerischen Staatsregierung im November 2015 ein umfassendes Löschmoratorium für die bayerischen Sicherheitsbehörden verfügt. Laut Medienberichten prüft das Innenministerium derzeit eine Aufhebung dieses Löschmoratoriums. Damit könnten wichtige Behörden-Unterlagen für die Aufklärung der Morde und Anschläge des NSU demnächst verloren gehen.

Bayern spielt im NSU-Komplex eine Schlüsselrolle. In Bayern war mit der ‚BAO Bosphorus‘ die zentrale polizeiliche Sonderkommission zur Aufklärung der Mordserie angesiedelt. Fünf der zehn Morde des NSU fanden in Bayern statt. Angesichts zahlreicher offener Fragen zum NSU-Komplex und der politischen Forderung nach einem zweiten NSU-Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtags, muss die Vernichtung wichtiger Unterlagen unbedingt verhindert werden.

Seit dem Abschluss des ersten bayerischen Untersuchungsausschuss zum NSU im Jahr 2013 sind viele neue Erkenntnisse und konkrete Hinweise mit Bezug zu Bayern hinzugekommen. So wurde der erste Bombenanschlag des NSU im April 1999 in Nürnberg erst 2013 durch eine Aussage des Angeklagten Carsten S. im Münchener NSU-Prozess bekannt. Mittlerweile liegen auch zahlreiche neue Erkenntnisse und Indizien zum bayerischen Unterstützernetzwerk des NSU vor. Die Rolle wichtiger V-Leute unterschiedlicher Sicherheitsbehörden mit direkten Kontakten ins engste NSU-Unterstützernetzwerk ist dringend aufklärungsbedürftig.

Der NSU konnte auch in Bayern bei seinen Anschlägen und Morden auf die logistische Hilfe sympathisierender Rechtsextremisten zählen. Ohne diese praktische Unterstützung ortskundiger Personen wären die Taten des NSU in Bayern nicht möglich gewesen. Die Aufklärung d i e s e s Netzwerkes an Unterstützern in Bayern i st weiter dringend erforderlich . Die Vernichtung wichtiger Akten und Unterlagen der Sicherheitsbehörden würde die notwendige weitere Aufklärung sabotieren. Dies gilt insbesondere für alle Unterlagen der BAO Bospurus, des Bayerischen Landeskriminalamtes und des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz. Hier bedarf es weiterhin eines umfassenden Löschmatoriums für alle Unterlagen mit Bezug zum NSU-Komplex. Die Akten und Unterlagen sind an zentraler Stelle zu sichern und aufzubewahren.